

## W01    Rehabilitationsstrukturen und ihr Sozialraumbezug im Licht der UN- Behindertenrechtskonvention

- Differenzierung von Versorgungsgebieten
- Organisation auf örtlicher Ebene:  
strukturierte Kommunikation in regionalen Arbeits-  
gemeinschaften der Reha-Träger, Kommunen und  
Betroffenenvertreter
- Bestehende Vielfalt erhalten
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind wichtig: es rechnet sich  
mehr als man denkt!
- Partizipation ist ausbaufähig und ausbaubedürftig

## W02 Hilfsmittelversorgung in Sozialräumen

- Unabhängige Beratung
- Individuelle Bedarfsermittlung ist ausbaufähig (ICF, lebensweltliche Angaben und mehr Kompetenz)
- Kommunikationsstrukturen optimieren
- Bessere Qualität der Versorgungsprozesse
- Kompetenzzentren mit interdisziplinärer Besetzung

## W03 Rehabilitation für Menschen mit Behinderungen in der Eingliederungshilfe

- BRK beschleunigt den Reformprozess der Eingliederungshilfe
- Zielvorgaben der BRK: ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Freiheit der Lebensführung sind zu beachten
- Es bestehen Diskrepanzen zwischen den Zielsetzungen der BRK und dem Reformprozess zur Eingliederungshilfe
- Reformoptionen
  - Teilhabesicherungsgesetz/Leistungsgesetz
  - Herauslösen der Eingliederungshilfe aus dem Sozialhilferecht
  - Einfügen weiterer Leistungsanteile in das SGB IX

## W04 Sozialräumliche Angebote für alte Menschen mit Behinderungen/Pflegebedarf

- Defizite in der Versorgungsforschung zu Versorgungsstrukturen für Pflege-/Rehabedürftige Menschen (Bsp. Pflegestützpunkte)
- Defizite bei der Verordnung von Rehamaßnahmen im Rahmen der Pflegebegutachtung
- Es fehlt an einer Teilhabeorientierung der Pflege
- Probleme bei der verstärkten Einbindung von Kommunen

## W05 Rehabilitationsangebote in Sozialräumen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

- Wohnortnahe Angebote versus spezialisierte Angebote
- Bei der Sozialpädiatrie ist die Beziehung zum Gemeinwesen entscheidend
- Regelungsdefizite in der Frühförderung sind aufzuarbeiten
- Eine inklusive Schule muss sozialräumlich gedacht und realisiert werden
- Soziale Netzwerke zwischen Bildung-, Sozial- und Jugendhilfe sowie Kultureinrichtungen und Arbeit ausbauen
- Gesellschafts- und Stadtteilpolitik muss Partizipation ermöglichen
- Eine Schule für alle setzt einen Kulturwandel in der Schule voraus

## W06 Weiterentwicklung der Teilhabeforschung

- Es braucht Teilhabe- und Inklusionsforschung (Reha- und Versorgungsforschung reicht nicht)
- Es gibt unterschiedliche Blickwinkel (aus medizinischer Reha und aus der Behindertenpädagogik)
- Wichtig: Blick auf individuelle und umweltbezogene Faktoren - Beteiligung der Betroffenen
- Ein Positionspapier DVfR/DGRW dazu entsteht gerade

## W07 Weiterentwicklung des Teilhaberechts

- Nicht nur das Recht auf dem Papier ist zu prüfen, sondern auch die Praxis
- Es kommt nicht nur auf die Leistungen der Rehaträger an, sondern für das Ergebnis von Inklusion ist auch das Mitwirken Dritter erforderlich (Unternehmen)
- Mehr Defizite bei der Umsetzung (SGB IX) als Neu-Regelungsbedarf
- Stärkung der Rechts- und Fachaufsicht
- NAP: inhaltliche Defizite, Defizite im Bereich der Partizipation und Kostenvorbehalt

## W08 Rehabilitationsangebote in den Sozialräumen von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

- Bedarfe: Wachsende Zahl psychischer Störungen/ Behinderungen
- Bedarfsgerechte Leistungsangebote: komplexe Angebote/ Problem der Passung
- Erschließung des Sozialraums
- Steuerungsfunktion der Leistungsträger/ Persönliches Budget
- Verantwortung der Jugendhilfe und Sozialpsychiatrischen Dienste bei der Erkennung von Teilhabebedarfen



## W09 Sozialräumliche Angebote für Menschen mit neurologischen Behinderungen

- Teilhabeorientierung von Beginn an
- Zielplanung unter dem Teilhabeaspekt bei Einbeziehung von Patienten und Angehörigen
- Es besteht Forschungs-, Schulungs- und Weiterbildungsbedarf
- Es besteht Bedarf für eine unabhängige und trägerübergreifende Beratung und Koordination

## W10 Bedarfe und Angebote zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit

Voraussetzungen für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit:

- Individuelle Beratung von KMU als Aufgabe der Leistungsträger
- Strukturierte Zusammenarbeit von Beratungsstellen und Unternehmen
- Stärkung der Bereitschaft der Beschäftigten zum Umgang mit der Thematik
- Anreiz-Systeme für Arbeitgeber diskutiert (kein Konsens): Verlängerung der Entgeltfortzahlung, Beratungsgutscheine
- Andererseits: wenn ein Mitarbeiter gebraucht wird, ist der Unternehmer auch bereit für kompetente Unterstützung zu bezahlen